

332 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales

über den Antrag der Abgeordneten Sigisbert Dolinschek und Genossen betreffend umfassende Attraktivierung der Lehre [161/A (E)]

Die Abgeordneten Sigisbert Dolinschek, Helmut Haigermoser, Dr. Michael Krüger, Herbert Scheibner und Genossen haben diesen Entschließungsantrag am 18. April 1996 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Jüngste Statistiken belegen die seit Jahren katastrophale Entwicklung im Bereich der Lehre: Von 1979 bis Ende 1995 sanken die Lehrlingszahlen um ein Drittel, wobei der Rückgang gerade in den letzten Jahren dramatisch war. Die Zahl der offenen Lehrstellen geht zurück. Die Jugendarbeitslosigkeit steigt.

Diese Fakten lassen nur einen Schluß zu: Die Ausbildung durch eine Lehre ist – entgegen langjähriger Versprechungen – sowohl für die Lehrlinge als auch für die Betriebe nicht attraktiver, sondern sogar deutlich uninteressanter geworden. Eine Verbesserung dieser Lage ist kaum zu erwarten: Die Arbeitnehmervertretung tritt für die Anliegen der Lehrlinge nicht mehr merklich ein. Die Arbeitgebervertretung fordert sogar das Einfrieren der Lehrlingsentschädigung, was angesichts gewerkschaftlicher Überlegungen über Null-Lohnrunden nicht mehr unrealistisch scheint. Die Bundesregierung wiederum belastet die Lehrlingsentschädigungen durch die Kommunalsteuer, steigert allgemein die Lohnnebenkosten, belastet die Leistungslöhne und nimmt offenbar das langsame Sterben der Lehre reaktionslos hin.“

Der Ausschuß für Arbeit und Soziales hat den gegenständlichen Antrag [161/A (E)] in seiner Sitzung am 25. September 1996 in Verhandlung genommen. Berichterstatter im Ausschuß war der Abgeordnete Sigisbert Dolinschek. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Sigisbert Dolinschek, Karl Öllinger, Mag. Dr. Josef Trinkl, Edith Haller, Dr. Volker Kier, Dr. Gottfried Feurstein und Elfriede Madl sowie der Bundesminister für Arbeit und Soziales Franz Hums. Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Entschließungsantrag keine Mehrheit.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für Arbeit und Soziales somit den Antrag, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 1996 09 25

Dr. Elisabeth Pittermann

Berichterstatterin

Annemarie Reitsamer

Obfrau